

**furrerhugi.**



Frühe Kindheit ist entscheidend

**BERICHT**

## **HERBSTSESSION 2020**

7.-25. September 2020

**furrerhugi. ag**

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49  
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43  
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86  
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89  
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

## 1 EINLEITUNG

In der Herbstsession verabschiedete das Parlament drei grosse Geschäfte: die Räte einigten sich beim dringlichen Covid-19-Gesetz und bereinigten letzte Differenzen beim CO2 Gesetz und bei der Totalrevision des Datenschutzgesetzes. Auch bei der Gesundheitspolitik wurde intensiv über ein erstes Massnahmenpaket zur Kostendämpfung und einen Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative diskutiert.

Im Bereich der frühen Kindheit fasste der Ständerat mit 25:16 Stimmen den Entscheid, nicht auf die Gesetzesvorlage zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Aebischer «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» einzutreten. Die Nein-Stimmen stammten aus dem SVP-, FDP- und CVP-Lager. Sie erachten die Vorlage als den falschen Ansatz, da das Subsidiaritätsprinzip zu berücksichtigen und die Frühförderung Sache der Kantone sei. Es findet nun ein abgekürztes Differenzvereinigungsverfahren zur Frage des «Eintretens» auf die Vorlage statt.

Die Legislaturplanung 2019-2023 umfasst neue Ziele im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. READY!-Botschafterin und Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP/BE) brachte diese Anträge erfolgreich ein. Der Bundesrat ist aufgefordert, eine nationale Strategie zur Gleichstellung von Frau und Mann zu verabschieden, eine Botschaft zur Individualbesteuerung aufzusetzen und eine nationale Strategie in Zusammenarbeit mit den Kantonen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erarbeiten. Im Zuge einer erfolgreichen Motion wird der Bundesrat ebenso beauftragt, ein Gesetz auszuarbeiten, das eine Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden vorsieht.

Die parlamentarische Initiative Wermuth «Offensive für die familienexterne Kinderbetreuung jetzt» wurde vom Nationalrat genauso abgelehnt, wie vom Ständerat die Ausweitung des Corona-Hilfspaket für Kinderbetreuungsinstitutionen von privaten auf öffentliche Kitas. Dies liege in der Verantwortung von Kantonen und Gemeinden. Beide Vorlagen sind gescheitert.

Im Verlaufe der Session wurden einige für READY! relevante Vorstösse eingereicht. Kathrin Bertschy (GLP/BE) fordert mit einer parlamentarischen Initiative eine Elternzeit von 14/14 Wochen, um die Chancengleichheit im Erwerbsleben zu verbessern. Simone de Montmollin (FDP/GE) stellt in ihrer Interpellation Fragen zur Situation bei den Kinderbetreuungsplätzen, welche durch Unternehmen zur Verfügung gestellt werden und ob der Bund sich hierfür Förderungsmassnahmen vorstellen könnte. Auch Covid-19 sorgte für Vorstösse und Fragen, unter anderem in Bezug auf die Wahrung der Kinderrechte aufgrund Quarantänen bei Verdachtsfällen oder der Unterstützung von Kitas bei einer allfälligen zweiten Welle.

Bei den eidgenössischen Abstimmungen vom vergangenen Wochenende wurde der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub mit 60.34% klar angenommen, während die Änderung des Bundesgesetzes bezüglich der steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten mit 63.24% abgelehnt wurde.

Im kommenden Quartal werden diverse Vorstösse in den beiden gesundheitspolitischen Kommissionen behandelt sowie in der staatspolitischen Kommission des Ständerats. Der bundesrätliche Bericht in Erfüllung des Postulats zur nationalen Strategie der frühen Kindheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates WBK-N wird auf Ende Jahr erwartet. Die WBK-N widmet sich im kommenden Jahr in einer ihrer Sitzungen voraussichtlich generell dem Thema frühe Kindheit.

## 2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

\* Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht unter Kategorie 6 «Pendente und neu eingereichte Geschäfte» gelöscht.

### **An den Bundesrat überwiesen\***

[19.4270](#) Motion Liliane Maury Pasquier SP/GE: Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden

### **Gesetzesvorlage verabschiedet\***

[19.078](#) Geschäft des Bundesrats: Legislaturplanung 2019-2023

### **An Zweitrat**

[18.092](#) Geschäft des Bundesrates: Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

### **Fristverlängerung**

--

### **Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte\***

[19.466](#) Parlamentarische Initiative Cédric Wermuth SP/AG: Offensive für die familienexterne Kinderbetreuung jetzt

[19.461](#) Parlamentarische Initiative Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion für Mütter und Väter nach Geburt und Adoption

[19.406](#) Parlamentarische Initiative Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub verlängern

[20.3912](#) Motion WBK-S: Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung

[20.3917](#) Motion WBK-N: Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (wurde zwar vom Nationalrat angenommen und an den Ständerat überwiesen, weil der Ständerat aber seine gleichlautende Motion abgelehnt hat, ist die Motion der WBK-N faktisch ebenfalls erledigt.)

[19.3418](#) Motion WBK-N: Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität

[20.3889](#) Motion Sophie Michaud Gigon GPS/VD: Die Covid-19-Unterstützung für familienergänzende Kinderbetreuung gerecht verteilen

[18.4061](#) Motion Maya Graf GP/BL: Bezahlte Stillpausen sollen durch die Erwerbsersatzordnung EO finanziert werden

[18.3994](#) Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Familienergänzende Kinderbetreuung und Berechnung des für AHV-Beiträge massgebenden Lohnes

[20.3223](#) Postulat Céline Vara, GPS/NE: Finanzielle Unterstützung für Tagesschulen. Es ist Zeit, einen Schritt vorwärts zu machen

[18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mehr familienergänzende Betreuungsplätze dank geteilter Finanzierung

[18.3103](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug bei den Steuern

### 3 AUSZUG FRAGESTUNDE

[20.5537](#) Frage Franziska Roth SP/SO: Monitoring kantonaler Massnahmen betreffend Covid-19 im Bereich der Kinderbetreuung

Antwort BR Berset:

Die Zuständigkeit für die familienergänzende Kinderbetreuung liegt in erster Linie bei den Kantonen und Gemeinden. In der besonderen Lage behalten die Kantone ihre Zuständigkeit, soweit die aktuellen Covid-19-Bestimmungen nichts Anderes regeln. Dem Bund wurden in diesem Bereich keine Aufsichtspflicht oder andere Aufgaben übertragen. Entsprechend liegt auch der Entscheid, ob ein Monitoring der kantonalen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung notwendig und zielführend ist, in der Kompetenz der Kantone.

[20.5618](#) Frage Min Li Marti SP/ZH: Covid-19. Unterstützung von Kitas bei einer allfälligen zweiten Welle

Antwort BR Berset:

Für die familienergänzende Kinderbetreuung sind in erster Linie die Kantone und Gemeinden zuständig. Sollte es erneut zu einer ausserordentlichen Lage kommen, so kann der Bundesrat gestützt auf Artikel 185 Absatz 3 Bundesverfassung Massnahmen zur Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung anordnen. Das Parlament berät in der laufenden Session das Covid-19-Gesetz. Es entscheidet, ob der Bundesrat darauf gestützt für Personen, insbesondere auch für Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit aufgrund von Massnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Epidemie unterbrechen müssen, weiterhin Entschädigungen des Erwerbsausfalls vorsehen kann. Der Bundesrat hat am 11. September 2020 entschieden, die Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu verlängern. Mit dieser Verlängerung soll sichergestellt werden, dass die Verordnung lückenlos in Kraft bleibt, bis diese auf die neue Gesetzesbestimmung im Covid-19-Gesetz abgestützt werden kann. Der Entscheid des Parlaments zum Covid-19-Gesetz bleibt vorbehalten.

### 4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[20.472](#) Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit von 14/14 Wochen - gleiche Chancen im Erwerbsleben

Die Erwerbssersatzordnung ist so zu ergänzen respektive zu ändern, dass die Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit ersetzt wird. Diese setzt sich zusammen aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen. Der Anspruch auf Vaterschaftsentschädigung wird nur bei einer beidseitigen Erwerbstätigkeit der Eltern nach der Geburt des Kindes gewährt.

[20.4055](#) Interpellation Simone de Montmollin FDP/GE: Inciter la création de places de crèches en entreprises (*Titel folgt*)

Qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuungsinstitutionen sind Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgrund des Mangels an geeigneten Kinderbetreuungseinrichtungen sind Eltern - immer noch überwiegend Frauen - gezwungen, ihre Arbeit vorübergehend einzustellen oder ihre Arbeitszeit erheblich zu reduzieren. Die negativen Auswirkungen

auf Frauen, Gesellschaft und Wirtschaft sind klar dokumentiert. Gefragt wird nach der Situation bei Kinderbetreuungsplätzen, welche durch Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

[20.4179](#) Interpellation Irène Kälin GPS/AG: Wo bleiben die Kinderrechte in der Quarantäne?

Für Kinder, insbesondere kleine Kinder, erscheinen die Massnahmen der Quarantäne unverhältnismässig und unzumutbar und stehen in Widerspruch zu den Kinderrechten. Gemäss der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder ein Recht auf Partizipation, Bildung, Freizeit und Spiel. Kinder haben das Recht auf Freiheit und wir sind gut beraten, wenn wir sie vor den gesellschaftlichen und psychischen Auswirkungen der Massnahmen zur Eindämmung der Krise ebenso schützen wie vor einer möglichen Ansteckung mit dem Virus und dabei verhältnismässig und zum Wohle des Kindes differenzieren. Die Interpellantin fragt unter anderem, ob der Bundesrat bereit ist, Kinder von 0-6 Jahren grundsätzlich von der Quarantänepflicht zu befreien.

[20.4011](#) Interpellation Marianne Binder-Keller CVP/AG: Kinder in Quarantäne. Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte. Dringliche Anpassung der COVID-Regeln

Gemäss "COVID-19: Anweisungen zur Quarantäne" gelten rigorose Einschränkungen auch für Kinder. So, wenn sich diese beispielsweise aufgrund der Erkrankung ihrer Kindergartenlehrperson in Quarantäne begeben müssen. Dies bedeutet, dass ein fünfjähriges Kind während zehn Tagen mehrheitlich alleine in seinem Zimmer bleibt, in seinem Zimmer isst und nur mit genügendem Abstand mit seiner Familie zusammen ist. Die Interpellantin fragt unter anderem, ob bei der Anordnung von Quarantäne für Kinder von 0-6 Jahren eine Differenzierung vorzunehmen sei.

## 5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

### SGK-S

19./20.10.2020

[18.092](#) Geschäft des Bundesrates: Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

12.11.2020

[19.3307](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung

[19.3070](#) Motion Irène Kälin GP/AG: Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft

### SGK-N

05./06.11.2020

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

**SPK-S**

09.11.2020

[20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs

[19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung

## 6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE GESCHÄFTE

### Hinweise

- In der Herbstsession 2020 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- Neuer Status bei den Geschäften in Rot.

[20.472](#) *Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit von 14/14 Wochen - gleiche Chancen im Erwerbsleben*

[20.4055](#) *Interpellation Simone de Montmollin FDP/GE: Inciter la création de places de crèches en entreprises (Titel folgt)*

[20.4179](#) *Interpellation Irène Kälin GPS/AG: Wo bleiben die Kinderrechte in der Quarantäne?*

[20.4011](#) *Interpellation Marianne Binder-Keller CVP/AG: Kinder in Quarantäne. Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte. Dringliche Anpassung der COVID-Regeln*

[20.313](#) *Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs*

[20.455](#) *Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr*

[20.3683](#) *Motion Yvonne Feri SP/AG: Bedarfsabhängige Kinderzulagen*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(19.08.2020)

[20.3684](#) *Postulat Yvonne Feri SP/AG: Massnahmen zur Armutsprävention*

→ BR beantragt Ablehnung  
(12.08.2020)

[20.3806](#) *Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR: Anders in die familienexterne Kinderbetreuung investieren*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(19.08.2020)

[20.3873](#) *Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der Elternurlaub als Zukunft unserer Familienpolitik*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(12.08.2020)

[20.413](#) *Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber GP/ZH: Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public*

[20.3381](#) *Motion GP-Fraktion: Keine Kinderarmut*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(12.08.2020)

[20.3201](#) *Motion SP-Fraktion: Wichtige Anerkennung für systemrelevante Arbeit*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(26.08.2020)

[20.3231](#) *Motion Yvonne Feri SP/AG: Nationales Programm. Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(12.08.2020)

[20.308](#) *Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung*

[20.3039](#) *Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Familienquotient zur Beseitigung der Heiratsstrafe*  
→ BR beantragt Ablehnung  
(20.05.2020)

- [19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(21.08.2019)
- [19.4430](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Verbesserter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(26.02.2020)
- [19.4343](#) Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE: Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwenden  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)
- [19.4207](#) Postulat Tiana Angelina Moser GLP/ZH: Stärkung Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungslücken schliessen  
→ *BR beantragt teilweise Annahme*  
(20.12.2019)
- [19.4069](#) Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)
- [19.4070](#) Motion Christian Lohr CVP/TG: Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(20.11.2019)
- [19.3630](#) Motion Christa Markwalder FDP/BE: Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(28.08.2019)
- [19.3768](#) Motion CVP-Fraktion: Systematische Überprüfung der Auswirkungen auf Familien bei der Schaffung von neuen oder der Anpassung von bestehenden Gesetzgebungen
- [19.3803](#) Motion Brigitte Crottaz SP/VD: Beiträge der zweiten Säule auch nach der Geburt eines Kindes sicherstellen  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3847](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Endlich eine echte Elternzeit  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3848](#) Motion Rosmarie Quadranti BDP/ZH: Elternzeit 14/14 Wochen für Chancengleichheit im Erwerbsleben  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)  
→ *Wird übernommen von Yvonne Feri* (5.12.2019)
- [19.3849](#) Motion Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit 14/14 Wochen / gleiche Chancen im Erwerbsleben  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3927](#) Motion Carlo Sommaruga SP/GE: Familienzulagen. Die rechtliche Situation von unregelmässig Beschäftigten ist zu verbessern  
→ *BR beantragt Ablehnung*  
(21.08.2019)  
→ *Wird übernommen von M. Reynard* (28.11.2019)
- [19.3863](#) Postulat Ida Glanzmann-Hunkeler CVP/LU: Flächendeckende familienergänzende Betreuung  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(14.08.2019)
- [19.3871](#) Postulat Adrian Wüthrich SP/BE: Nationale Konferenz zur Frühen



- Förderung  
-> *BR beantragt Ablehnung*  
(04.09.2019)  
-> *Übernommen von M. Reynard*  
(28.11.2019)
- [19.3373](#) Motion Margret Kiener Nellen SP/BE:  
EO-Entschädigungen. Militärdienst  
und Mutterschaft gleich entschädigen  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(29.05.2019)  
-> *Wird übernommen von Priska*  
*Seiler Graf* (28.11.2019)
- [19.3307](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS:  
Vollständige Übernahme der Kosten  
der Leistungen bei Mutterschaft durch  
die obligatorische  
Krankenpflegeversicherung  
-> *Bundesrat beantragt Annahme*  
(29.05.2019)  
-> *Nationalrat Annahme* (21.06.2019)
- [19.3190](#) Motion Adrian Wüthrich SP/BE:  
Rahmengesetz für eine schweizweite  
familienergänzende Kinderbetreuung  
zur Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf, zur Gleichstellung von Mann  
und Frau und zur  
Chancengerechtigkeit der Kinder  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(22.05.2019)  
-> *Wird übernommen von M. Reynard*  
(28.11.2019)
- [19.3176](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:  
Keine Kündigung in der Probezeit von  
Arbeitnehmerinnen in der  
Schwangerschaft und nach der  
Niederkunft  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3175](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:  
Stärkerer Schutz für Mütter bei  
missbräuchlicher oder  
ungerechtfertigter Kündigung
- > *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3070](#) Motion Irène Kälin GP/AG:  
Kostenbefreiung für Schwangere  
während der ganzen  
Schwangerschaft  
-> *Bundesrat beantragt Annahme*  
(29.05.2019)  
-> *Nationalrat Bekämpft, Diskussion*  
*verschoben* (21.06.2019)  
-> *NR: Annahme* (26.09.2019)
- [19.3059](#) Motion Mathias Reynard SP/VS:  
Kündigungsschutz für  
Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der  
Rückkehr aus dem  
Mutterschaftsurlaub verlängern  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3058](#) Motion Mathias Reynard SP/VS:  
Verschärfung der Sanktionen bei  
Kündigung wegen Mutterschaft oder  
Schwangerschaft  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(15.05.2019)
- [19.3054](#) Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-  
Arbeit ins Zentrum rücken  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(22.05.2019)
- [19.3027](#) Motion Bruno Walliser SVP/ZH:  
Steuerfreie Kinderzulagen  
-> *Bundesrat beantragt Ablehnung*  
(01.05.2019)
- [18.092](#) Geschäft des Bundesrates:  
Erwerbsersatzgesetz.  
Mutterschaftsentschädigung bei  
längerem Spitalaufenthalt des  
Neugeborenen  
-> *Botschaft Bundesrat* (30.11.2018)  
-> *Ständerat Annahme* (02.03.2020)  
-> *Nationalrat Abweichung*  
(15.09.2020)

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE:  
Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter  
→ *WBK-N: Folge gegeben (12.01.2018)*  
→ *WBK-S: Zustimmung (14.05.2018)*  
→ *WBK-N: Eröffnung Vernehmlassung (29.08.2019)*  
→ *WBK-N: Verabschiedung Vorlage (14.02.2020)*  
→ *NR: Annahme Erlassensentwurf (18.06.2020)*  
→ *SR: Nicht eintreten (09.09.2020)*

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH:  
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter  
→ *Wird übernommen von Thomas Weibel (3.12.2015)*  
→ *SGK-N Zustimmung (22.06.2016)*  
→ *SGK-S Zustimmung (30.08.2016)*  
→ *Fristverlängerung bis Herbstsession 2020 (28.09.2018)*